

AUSGABE VOM 08. JULI 2022

Urlaubsfrust: Ampel trägt Mitschuld am Flughafen-Chaos

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist mit ihrer [Forderung](#) nach einem Sofortprogramm zum Arbeits- und Fachkräftemangel zur Beendigung des Chaos an Deutschlands Flughäfen gescheitert. Der Bundestag lehnte am Donnerstag den entsprechenden Antrag ([20/2563](#)) mit den Stimmen der Ampel ab. Die Union forderte einen Flugreise-Gipfel. Auch der Innenausschuss beriet auf Antrag der Union am Mittwoch das Thema. „Nach zwei Jahren des coronabedingten Verzichts freuen sich die Menschen auch in NRW auf einen unbeschwerten Urlaubssommer. Dieser Traum zerplatzt nun oft mangels Fachkräften zwischen Koffern und Warteschlangen. Die Regierung hat kein Konzept und schafft faktisch alle Hartz-IV-Sanktionen für heimische Arbeitslose und somit die Anreize ab, eine Arbeit anzunehmen“, so MdB Breilmann.

Wirtschaftskrise: CDU/CSU-Fraktion wirft Ampel Untätigkeit vor

Angesichts einer drohenden Wirtschaftskrise hat Unionsfraktionschef Friedrich Merz der Koalition Untätigkeit und Desinteresse vorgeworfen. Merz forderte die Koalition in einer aktuellen Stunde des Bundestages am Mittwoch auf, Reformen anzugehen und ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Die wirtschaftliche Lage ist laut Merz von hoher Inflation und eklatantem Facharbeitermangel, schwindender Wettbewerbsfähigkeit und einer erstmals seit Jahrzehnten negativen Handelsbilanz geprägt. Eine solche Situation sei „nicht durch Runde Tische zu beseitigen“, sagte er in Anspielung auf die Konzertierte Aktion. Das erste Treffen des Bundeskanzlers mit den Spitzen von Unternehmen und Gewerkschaften war am Montag ergebnislos zu Ende gegangen.



„Runde Tische allein verhindern keine Wirtschaftskrise“: Unions-Fraktionschef Friedrich Merz wirft der Ampel-Koalition in der Debatte Untätigkeit vor. (Foto: Wittig/CDU/CSU)

Als eine Möglichkeit zur Wiederbelebung der Wirtschaft nannte Merz eine Unternehmensteuerreform und kritisierte die Untätigkeit der Regierung bei der Beseitigung des Fachkräftemangels. Die Koalition nutze jedoch die Konzertierte Aktion als Alibi für den Verzicht auf Reformen. So sei trotz steigender Arbeitslosenzahlen das Prinzip „Fordern und Fördern“ bei der Sozialhilfe abgeschafft worden. Für CSU-Landesgruppenchef Dobrindt ist das Krisenmanagement der Regierung „schlicht verheerend.“ Vor allem tue sie nicht genug, um die Energielücke zu schließen, die droht, wenn Putin Deutschland den Gasahn zudrehen sollte. Er sprach sich dafür aus, die drei noch laufenden AKW, die Ende des Jahres abgeschaltet werden,

länger am Netz zu halten. Lieber „Kernkraft statt kalter Winter“, sagte er.

Das Desinteresse der Regierung an den Problemen des Landes und den Sorgen der Bürger sei deutlich spürbar, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann, der kritisierte, dass kein Mitglied der Bundesregierung an der Debatte teilnahm. „Der angekündigte große Wurf gegen die Inflation wird zum Rohrkrepiere. Die Ampel muss endlich einen umfassenden Plan vorlegen, wie sie der Situation Herr werden will. Auch muss sie erklären, auf welche Vereinbarungen aus ihrem von der Realität überholten Koalitionsvertrag sie verzichten will. Dem Wort der „Zeitenwende“ müssen auch im Bundeshaushalt 2023 Taten folgen“, so MdB Breilmann.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

ich habe die Kandidatin für die Leitung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes nicht gewählt. Dieser Vorschlag von Familienministerin Paus (Grüne), der am



Donnerstag letztlich mit nur sieben Stimmen Mehrheit angenommen wurde, ist fatal: Ferda Ataman steht für eine spaltende Identitätspolitik. Sie würdigt Gegner herab und hat mit ihrem gesamten Schaffen bewiesen, dass sie nicht Ausgleich und Differenzierung sucht, sondern Unfrieden und Krawall. Deutsche nennt sie schon mal „Kartoffeln“, den Heimatbegriff von CSU-Innenminister Seehofer stellte sie bündig unter Nazi-Verdacht. Hohn hat die linke Kulturkämpferin für Journalisten übrig, die über Clankriminalität berichteten. Zuletzt kamen ihr wohl Zweifel, ob das alles förderlich für das angestrebte Amt ist und löschte einen großen Teil ihrer Twitter-Beiträge. Jemanden, der dagegen vorgeht, dass antirassistische Bündnisse kein sicherer Ort für Jüdinnen und Juden sind, der sich hinter die extremistische migrantische Antifa stellt, bei deren Demonstrationen zum Terror gegen Israel aufgerufen wird, kann ich nicht die Hand reichen. Ich hätte mir eine Person gewünscht, die Ungleichbehandlungen bekämpft, ohne Menschen in Gruppen einzuteilen und so diskriminierende Strukturen und Praktiken zu fördern. Die Ampel begibt sich mit dieser Wahl leider auf einen Irrweg.

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



documenta-Skandal: Aufklärung absolut überfällig!

Durch das Drängen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist der Antisemitismus-Eklat bei der documenta Thema im Bundestag. Im Kulturausschuss und im Plenum besteht die Fraktion auf Aufklärung und Verbesserungen. Bisher will niemand Verantwortung übernehmen, obwohl es ein Skandal mit Ansage war und Warnungen über Monate hinweg nicht ernst genommen wurden. Die anhaltenden Uneinsichtigkeit der Verantwortlichen vor Ort erschwert eine ehrliche und schonungslose Aufarbeitung. „Wir werden dennoch durchsetzen, dass die Fehlplanungen, Fehlprozesse und Fehlentscheidungen offengelegt werden, damit sich solche Vorgänge nicht wiederholen können“, so CDU-MdB Michael Breilmann, Sprecher für Antisemitismusbekämpfung der Unions-Fraktion. Mit unserem [Antrag](#) fordern wir die Bundesregierung auf, den Antisemitismusskandal bei der documenta transparent aufzuklären und endlich Konsequenzen zu ziehen. Dazu zählen insbesondere: Eine öffentliche Entschuldigung, vertrauensbildende Gespräche mit Vertretern der jüdischen Gemeinde in Deutschland sowie die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission, die Fehlplanungen sowie Fehlentscheidungen aufzeigt und Verantwortlichkeiten benennt. „Wir werfen der Ampel vor, dass sie durch Nachlässigkeit sehenden Auges zugelassen hat, dass aus einer der weltweit bedeutendsten Kunstausstellungen eine Bühne für antisemitische Hetze wurde. Massive Warnungen und Einwände im Vorfeld blieben folgenlos. Es steht der Vorwurf im Raum, dass von Seiten der politisch Verantwortlichen – auch aus einer offenen Sympathie mit der BDS-Bewegung heraus – nur halbherzig auf Warnungen reagiert wurde. Wir dürfen weder rechtsextremen, noch linksextremen, noch islamistischen Antisemitismus auch nur einen Millimeter Platz geben“, so MdB Breilmann.

Ukraine-Krieg: Lethargie im Kanzleramt kostet Leben

Die Forderung von CDU und CSU, der Ukraine kurzfristig 200 Transportpanzer vom Typ Fuchs zu liefern, hat im Bundestag keine Mehrheit gefunden. Der Deutsche Bundestag stimmte in der Nacht zum Freitag gegen einen entsprechenden Entschließungsantrag der Unionsfraktion. „Bundeskanzler Olaf Scholz und seine Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) verfolgen schon von Beginn an eine Politik des Zögerns und Zauderns im Ukraine-Krieg. Diese Lethargie im Kanzleramt kostet in der Ukraine unschuldiges Menschenleben. Maßstab für die deutsche Unterstützung muss die Situation in der Ukraine sein und nicht die vermeintlichen Absprachen mit Partnern. Mit der Lieferung hätten die ukrainischen Soldaten jetzt an der Front geschützt und Verluste reduziert werden. Gepanzerte Fahrzeuge lösen keinen Atomkrieg aus, sondern können weitere russische Kriegsverbrechen in der Ukraine verhindern“, so CDU-MdB Michael Breilmann.

Ampel schafft neue Anreize für illegale Einwanderung

Das Bundeskabinett beschloss am Mittwoch ein Migrationspaket, das u.a. ein sogenanntes Chancen-Aufenthaltsrecht vorsieht. „Der Gesetzentwurf belohnt insbesondere ausreisepflichtige Ausländer, die nicht abgeschoben werden konnten, weil sie bei der Klärung ihrer Identität hartnäckig ihre Mitwirkung verweigert haben, und die sich auch nach Jahren nicht in den Arbeitsmarkt integriert haben“, kritisiert der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann. Zudem sollen selbst illegal nach Deutschland kommende Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten künftig an Integrationskursen teilnehmen dürfen. In Zukunft wird ein abgelehnter Asylantrag noch weniger darüber entscheiden, ob jemand dauerhaft in Deutschland bleiben kann.

„Damit macht die Ampel das Asylverfahren immer mehr zu einer Farce!“, so das Mitglied im Bundestagsinnenausschuss. Damit werde das fatale Signal in die Welt ausgesandt: Jeder, der es irgendwie nach Deutschland schaffe, dürfe auch hier bleiben. Das schaffe zusätzliche Anreize für illegale Einwanderung in unsere Sozialsysteme. „Der Gesetzentwurf ist schlecht für unser Land. Und er ist auch nicht die Lösung für die Beseitigung des Arbeits- und Fachkräftemangels in Deutschland: Dafür brauchen wir eine zielgerichtete Anwerbung und keine Vermischung von Asyl- und Arbeitsmigration. Innenministerin Faeser (SPD) hat vollmundig eine ‚Rückführungsoffensive‘ angekündigt. Davon ist längst keine Rede mehr. Die Änderungen durch den Gesetzentwurf in diesem Bereich sind kaum mehr als ein Feigenblatt“, so Breilmann.

Nato-Beitritt von Finnland und Schweden beraten

Als erster Nato-Mitgliedsstaat hat Deutschland den Beitritt Schwedens und Finnlands zum NATO-Bündnis ratifiziert. Bundestag und Bundesrat stimmten der Erweiterung der Allianz am Freitag mit großer Mehrheit zu. „Ein historischer Beschluss. Der Beitritt beider Staaten liegt in unser aller Interesse, wir bringen den erforderlichen Gesetzentwurf daher gemeinsam mit den Ampelfraktionen ein“, so CDU-MdB Michael Breilmann. Für den Beitritt neuer Mitgliedstaaten zur NATO wird ein Protokoll zum Nordatlantikvertrag geschlossen. Das Protokoll ist ein völkerrechtlicher Vertrag. Dieser Vertrag ist sodann in allen Mitgliedstaaten zu ratifizieren. Hierfür war in Deutschland ein Ratifizierungsgesetz erforderlich. Nach Abschluss des Verfahrens im Bundestag und Bundesrat stimmt der Bundespräsident förmlich dem Vertrag zu, womit das Ratifizierungsverfahren abgeschlossen ist.

Impressum:

Ausgabe Nr. 12 der 20. Wahlperiode

08. Juli 2022

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häßler/
R. Hoffmann.